

GRUNDSTEINE FÜR EINE STADT FÜR ALLE

REDEBEITRAG DES NETZWERKS »STADT FÜR ALLE« ZUM HANDLUNGSKONZEPT WOHNEN DER STADT BOCHUM (02.11.2017)

Die Anzahl der Bewohner*innen in Bochum sinkt seit zwei Jahren nicht mehr. Mit dem Ende der Schrumpfung kehrt nun die Wohnungsfrage zurück ins Ruhrgebiet. Das hat inzwischen auch die Stadt Bochum erkannt und ein »Handlungskonzept Wohnen« erarbeitet, das die wohnungspolitische Strategie der nächsten Jahre festlegt.

Im vorliegenden Entwurf des »Handlungskonzepts Wohnen« werden die Bedürfnisse großer Bevölkerungsgruppen jedoch nicht berücksichtigt. Es setzt auf die Privatisierung öffentlicher Flächen und Anreize für privatwirtschaftliche Investoren und wird die Situation für Geflüchtete, Menschen mit geringen Einkommen und Bezieher*innen von Transferleistungen nicht verbessern. Immerhin haben rund 50 Prozent aller Bochumer Haushalte formal Anspruch auf eine Sozialwohnung.

Geflüchtete machen die größte Gruppe im Bevölkerungszuwachs aus. Ohne Geflüchtete würde die Stadt Bochum weiter schrumpfen. Diese Feststellung war ein wichtiger Ausgangspunkt für die Entwicklung des »Handlungskonzepts Wohnen«. Geflüchtete spielen im »Handlungskonzept Wohnen« als Zielgruppe jetzt jedoch keine Rolle mehr. Rund 3.000 Geflüchtete leben immer noch in provisorischen Unterkünften und sind auf dem Wohnungsmarkt einer besonderen Diskriminierung ausgesetzt. Zugleich wird im »Handlungskonzept Wohnen« erklärt, dass die Stadt Bochum wachsen will.

Dieser Widerspruch, auf den das Netzwerk »Stadt für Alle« mehrfach hingewiesen hat, zeigt: Geflüchtete sind eine Bevölkerungsgruppe die nicht zum Wachstumswillen der Stadt beitragen sollen. Die sind irgendwie da, aber um die will man sich wohnungspolitisch nicht kümmern weil sie offensichtlich nicht erwünscht sind. Wir finden: Das ist Rassismus!

Das einzige was das »Handlungskonzept Wohnen« im Bereich soziale Wohnraumversorgung zu bieten hat, ist eine Quote von 20 % Sozialwohnungen bei Neubauprojekten. Als Ziel wird dort formuliert, dass Investoren in Bochum pro Jahr 800 neue Wohnungen bauen sollen, davon 200 im sozialen Wohnungsbau. Das klingt nach viel mehr, als es tatsächlich ist. Denn pro Jahr fallen aktuell weiterhin rund 180 Wohnungen aus der Sozialbindung. Der Bau von 200 neuen Sozialwohnungen pro Jahr würde also lediglich einen Zugewinn von 20 Sozialwohnungen jährlich bedeuten.

Dabei hat sich alleine in den zehn Jahren von 2005 bis 2015 die Zahl der mietpreisgebundenen Wohnungen in Bochum fast halbiert. Aktuell gibt es nur noch 13.000 mietpreisgebundene Wohnungen in Bochum. Gleichzeitig ist die Zahl der Haushalte, die

Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, mehr als sieben Mal so groß. Das bedeutet: Wenn die Zahl der Sozialwohnungen in Bochum nur um 20 Wohneinheiten pro Jahr wachsen soll, würde es mehr als 600 Jahre dauern, bis es in Bochum wieder genauso viele Sozialwohnungen gibt, wie es noch im Jahr 2005 waren!

Wir meinen: Eine Zielsetzung, mit der es mehr als 600 Jahre dauert, bis nur die wohnungspolitischen Fehler der letzten zehn Jahre wettgemacht sind, ist nicht ambitioniert, sondern absurd.

Diese Zahlen zeigen, wie kaputt das Fördersystem des sozialen Wohnungsbaus mit seiner nur zeitweiligen Mietpreisbindung ist. Dieses Fördermodell ist für sich genommen nicht ansatzweise geeignet, die aktuellen Probleme im Bereich günstigen Wohnraums zu beseitigen. Das Handlungskonzept Wohnen muss also auf innovativere Modelle setzen, die dauerhaft preisgebundenen Wohnraum schaffen und erhalten. Dies ist möglich, wenn die bestehenden Förderprogramme genutzt werden, um damit nicht private Rendite, sondern gemeinnützigen kommunalen Wohnungsbau zu fördern. Bei der Diskussion über die mögliche Gründung eines kommunalen Wohnungsunternehmens sind bisher die Chancen, die sich durch die Verpflichtung eines solchen städtischen Unternehmens auf gemeinnützige Ziele ergeben, nicht berücksichtigt worden. Eine gemeinnützige und kommunale Wohnungsgesellschaft kann außerdem maßgeblich zum Abbau von Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt beitragen.

Das bedeutet: Die Chancen der Wohnungsgemeinnützigkeit müssen mit in das Handlungskonzept Wohnen aufgenommen werden. Erst dann wird deutlich, welche großen Vorteile sich im Vergleich zur bisherigen Privatisierungspolitik ergeben. Der Vorschlag, eine neue Wohnungsgesellschaft in städtischer Trägerschaft zu gründen ist im Handlungskonzept Wohnen enthalten, aber zur Ablehnung empfohlen. Wir finden: Nur eine gemeinnützige und kommunale Wohnungsgesellschaft kann dauerhaft aus der Sozialwohnungsfalle herausführen.

Die Wohnungspolitik der Stadt Bochum zeigt, dass es jetzt mehr denn je an der Zeit ist eine Stadt für Alle entschlossen ein zu fordern. Die Stadt Bochum zeigt sich wohnungspolitisch gegenüber einkommensschwachen Haushalten ignorant und gegenüber Geflüchteten rassistisch.

Wir legen hier heute ein paar Grundsteine für eine solidarische Stadt. Wenn es die Stadt nicht tut, müssen wir selbst damit anfangen und den politischen Akteuren immer wieder auf die Füße treten und unsere Forderungen sichtbar machen.



STADT FÜR ALLE

www.stadt-fuer-alle-bochum.net / stadt-fuer-alle-bochum@riseup.net

V.i.s.d.P.: Klaus Beerwald, c/o Soziales Zentrum Bochum, Josephstraße 2, 44791 Bochum